

Guenther Sandleben

Aktuelle Konjunktur- und Krisentheorien – ein kritischer Überblick

Berlin 2016

Der kritische Überblick thematisiert zunächst das neoklassische und das keynesianische Krisenverständnis. Danach werden Aspekte der Marxschen Krisentheorie erwähnt, um anzudeuten, in welchem Umfang heutige Analysen hinter Erkenntnissen zurückfallen, die längst gemacht worden sind. Statt das Wissen über Krisen vermehrt zu haben, ist in der Geschichte der Krisentheorie ein Niedergang festzustellen. Das gilt auch für linke Krisentheorien. Dazu zählen die linkskeynesianische Unterkonsumtionstheorie und die Theorie vom finanzmarktgetriebenen Kapitalismus. Im Anschluss an die Theorie der Memorandum-Gruppe werden die Krisenerklärung des staatsmonopolistischen Kapitalismus von Lucas Zeise und die Beiträge von Michael Heinrich und von der Krisis-Gruppe analysiert. Zum Schluss sollen die gängigen linken Krisentheorien mit den Krisenauffassungen des bürgerlichen Mainstreams verglichen werden.

Eine der Thesen lautet: Die Finanzmarktkapitalismus-Theorie (FMK-Theorie) steckt in einer tiefen Krise. Einerseits handelt es sich um eine Krise der Theorie selbst, die durch ihren Eklektizismus, durch ihre Oberflächlichkeit und durch das Ausblenden kapitalistischer Kernprozesse nicht in der Lage ist, die zyklischen Wirtschaftskrisen zu erklären. Andererseits offenbart die jüngste Wirtschaftsentwicklung alles andere nur keine Hegemonie des Finanzsektors über die "Realökonomie".

Die große Wirtschaftskrise von 2008/09 hat nur für kurze Zeit das Interesse an einem tieferen Verständnis der zyklischen Krisen geweckt. Professoren der Ökonomie reagierten zunächst mit dem Eingeständnis, die Grundlagen der Wirtschaftstheorie seien fragwürdig und müssten überprüft werden, um auf diese Weise Krisen endlich erklären zu können. Andere wiederum meinten, in der keynesianischen Theorie schon eine zufriedenstellende Grundlage zur Erklärung der Krisensituation gefunden zu haben.

Mit der Stabilisierung des Weltmarktes seit Mitte 2009 sind die guten Absichten rasch verfliegen. Alles geht weiter wie bisher. Die Lehre von der Harmonie und dem Gleichgewicht der Märkte dient nach wie vor dazu, Krisen als externe Schocks, als extern auftretende, zufällige Ereignisse zu verharmlosen.

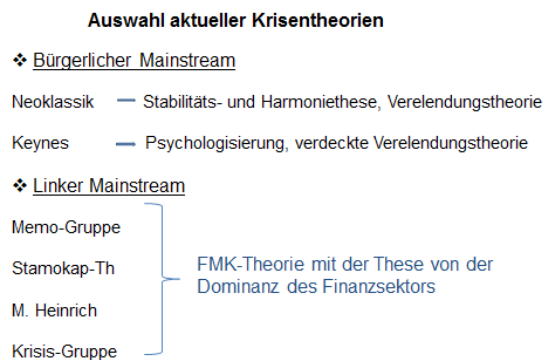
Die linksorientierte Krisendiskussion fällt kaum weniger enttäuschend aus. Schon lange vor der großen Krise geriet sie in eine theoretische Sackgasse, als sie die Erkenntnisse der 1970er Jahre über Bord warf und mehr und mehr die Ursachen für das Krisengeschehen jenseits der kapitalistischen Warenproduktion suchte, vor allem in den angeblich neuen Entwicklungstendenzen auf den Finanzmärkten. Die Theorie vom „finanzmarktgetriebenen Kapitalismus“ lief auf die Vorstellung hinaus, dass eine weitgehend intakte Produktionswirtschaft durch die Macht und den Verwertungszwang der Finanzmärkte in eine Krise gestürzt werde.

Inzwischen ist es um diese Theorie auffällig still geworden, ohne dass erkennbar wäre, dass die Verfechter der Finanzmarktkapitalismus-Theorie (FMK-Theorie) ihre theoretischen Grundlagen überprüfen würden. Anläufe zur Aufarbeitung der gemachten Fehler sind nicht auszumachen.

Die FMK-Theorie steckt in einer tiefen Krise. Einerseits handelt es sich um eine Krise der Theorie selbst, die durch ihren Eklektizismus, durch ihre Oberflächlichkeit und durch das Ausblenden kapitalistischer Kernprozesse nicht in der Lage ist, die zyklischen Wirtschaftskrisen zu erklären. Andererseits hat die jüngste Wirtschaftsentwicklung der FMK-Theorie einen üblen Streich gespielt: Die Zinsen sind gesunken, teilweise gibt es Strafzinsen, so dass sich die These von der beherrschenden Rolle des Zinses und der Kapitaleigentümer von selbst erledigt hat. Auch von einer besonderen Macht der Banken kann keine Rede sein, wenn hohe Geldstrafen für Zinsmanipulationen und für andere Vergehen zu schweren Verlusten führen und zudem schlecht laufende Geschäfte die Bilanzen belasten. Vorstellungen, Banken würden die Industrie durch Kreditverweigerung erpressen, sind angesichts der Kreditschwemme geradezu widersinnig.

Um eine kritische Aufarbeitung bisheriger Krisentheorien anzuregen und zu erleichtern, sollen einige Unzulänglichkeiten, vor allem aber die Irrtümer und die blinden Flecken in den jeweiligen Theorien aufgezeigt werden.

Unsere Analyse gliedert sich in vier Punkten: Zunächst ist das neoklassische Krisenverständnis Gegenstand der Analyse. In einem zweiten Punkt werden Aspekte der keynesianischen Theorie thematisiert. Neoklassik und Standardkeynesianismus bestimmen die heutige Wirtschaftslehre. Beide zusammen sollen als bürgerliche Mainstreamökonomie bezeichnet werden. In einem dritten Punkt werden Aspekte der Marxschen Krisentheorie erwähnt, um anzudeuten, in welchem Umfang heutige Analysen hinter Erkenntnissen zurückfallen, die längst gemacht worden sind. Statt das Wissen über Krisen vermehrt zu haben, ist in der Geschichte der Krisentheorie ein Niedergang festzustellen. Das gilt auch für linke Krisentheorien. Dazu zählen zunächst die linkskeynesianische Unterkonsumtionstheorie und die Theorie vom finanzmarktgetriebenen Kapitalismus. Im Anschluss an die Theorie der Memorandum-Gruppe werden die Krisenerklärung des staatsmonopolistischen Kapitalismus von Lucas Zeise und die Beiträge von Michael Heinrich und der Krisis-Gruppe thematisiert. Zum Schluss sollen die gängigen linken Krisentheorien, die im Schaubild genannt sind, mit den Krisenauffassungen des bürgerlichen Mainstreams verglichen werden.



1. Zum neoklassischen Verständnis von Krisen

Die Neoklassik hält den Kapitalismus für ein rationales, effizientes, sich selbst korrigierendes System. Das kapitalistische Marktsystem tendiere immer zum Gleichgewicht. Ein solches Marktsystem sei deshalb für alle optimal. Die wichtigste Botschaft der Neoklassik lautet: Nur der Kapitalismus schafft Wohlstand und Freiheit. Alle anderen Wirtschaftssysteme führen ins Chaos und in die Kommandowirtschaft. Es gibt keine Alternative zum Kapitalismus.

Diese Heiligsprechung des Bestehenden hat den bürgerlichen Ökonomen schon frühzeitig die Bezeichnung eingebracht, sie seien die „Schweizergarde der Kapitalherrschaft“, sie seien das „Mundstück“ oder die „Tintenkulis der

Geschäftswelt“¹ und die „bürgerlichen Professoren“ würden „für die Beschönigung der kapitalistischen Sklaverei bezahlt“.²

Harmonielehre und die Externalisierung des Krisengeschehens

Eine durch das kapitalistische Marktsystem immanent verursachte Krise sei logisch unmöglich, sagt die Neoklassik. Als Beweis führt sie ihre Gleichgewichtsmodelle an. Nur haben diese Marktmodelle mit der kapitalistischen Wirklichkeit nichts zu tun. Daher der Vorwurf: Es handele sich um Modell-Platonismus, um bloße Gedankenspiele. Ein solcher Modell-Platonismus kann nichts zum Verständnis von Krisen beitragen.

Falls Krisen dennoch auftreten, kommen nur externe, äußere Ursachen in Frage.

Ein für die Neoklassik besonders wichtiger Krisengrund ist das sogenannte „Fehlverhalten von Lohnabhängigen“. Gewerkschaften, die zu hohe Löhne durchsetzen, würden den Profit mindern und damit die Investitionsfähigkeit der Unternehmer untergraben, also die Krise herbeiführen.

Das Lohnargument der Neoklassik ist empirisch fragwürdig: Die Löhne sind in der Regel dort höher, wo die Wirtschaft besser läuft. In Dänemark, Belgien, Holland, Deutschland sind die Löhne höher als in Spanien, Portugal oder gar in Rumänien oder Bulgarien.

Die Schuldigen der Krise: die Lohnabhängigen

Das Lohnargument der Neoklassik ist aber auch in theoretischer Hinsicht nicht haltbar. Um zu urteilen, ob der Lohn zu hoch ist, bedarf es eines Maßstabs. Maßstab soll das Grenzprodukt der Arbeit sein. Die Neoklassik sagt: Wer arbeiten will, muss die Lohnforderung soweit senken, bis die Lohngüter dem Grenzprodukt der Arbeit entsprechen. Wer einen höheren Lohn fordert, habe freiwillig die Arbeitslosigkeit gewählt.

Das Grenzprodukt soll das zusätzliche Produkt sein, das die letzte Arbeitseinheit unter Einsatz einer gegebenen Menge von Produktionsmitteln schafft. Um das Grenzprodukt berechnen zu können, müssen zuvor die stofflich verschiedenen Produktionsmittel addiert werden. Eine solche Addition ist gesamtwirtschaftlich unmöglich. Äpfel und Birnen lassen sich nicht addieren. Ebenso wenig geht das bei Produktionsmitteln. Eine Fertigungsstraße von Daimler lässt sich nicht addieren mit den Backöfen der Bäckereien. Eine Addition wäre nur möglich über den Wert von Fertigungsstraßen und Backöfen. Aber eine solche Werttheorie wird gerade zurückgewiesen.

Die Neoklassik kann das Grenzprodukt der Arbeit nicht quantifizieren. Sie kann deshalb auch keine Aussage treffen, ob der Lohn zu hoch ist. Es fehlt der Maßstab.

Diese Kritik an der neoklassischen Lohntheorie ist bekannt geworden unter den Stichworten „Kapitalkontroverse“ oder „Cambridge-Cambridge-Kontroverse“.

Wenn dennoch neoklassisch behauptet wird, der Lohn sei zu hoch, dann ist das ein politisches Urteil, um die Interessen der Unternehmer zu bedienen.

„Terror der Ökonomie“

Die Neoklassik kennt keine sozialen Rücksichtnahmen. Sie formuliert in ihrer Sprache das Geschäftsinteresse: Die Ökonomie ist alles, die Vermehrung des Profits der Zweck. Der arbeitende Mensch ist Mittel des Profits. Und je weniger er bekommt, desto höher ist der Profit, desto besser läuft die Wirtschaft – die Vermehrungsmaschine des Profits. Das hier formulierte Geschäftsinteresse steht für

¹ Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke 5, S. 563 und 585

² W. I. Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, im Vorwort zur französischen und deutschen Ausgabe.

das Interesse des Kapitals. Und das Kapitalinteresse steht auch im Mittelpunkt der Politik.

Was dieser „Terror der Ökonomie“ bedeutet, zeigte sich unter anderem in Griechenland. Als Wahlsieger Alexis Tsipras sagte: „Wir sind unserem Wahlprogramm verpflichtet“ und müssen die Lohnkürzungs- und Sparpolitik beenden, forderten Deutschland, Holland und viele andere Euro-Staaten, ebenso der IWF und die Notenbanker das Gegenteil: Fortsetzung der harten Kürzungspolitik, also Bruch des Wahlversprechens. Der Wählerwille muss missachtet werden, sobald er dem Kapitalinteresse im Wege steht. Alle Macht geht vom Volke aus, steht in den Verfassungen. Alle Macht geht vom Kapital aus, so die Politik.

Als Tsipras auf die elenden Lebensverhältnisse vieler Griechen verwies und nach den Wahlen Anfang 2015 Essensmarken, Gratisstrom und Gesundheitsversorgung für die in Armut gestürzte Bevölkerung zusicherte, empfanden das die anderen Euro-Staaten als Unverschämtheit. Nicht nur Merkel und Schäuble lehnten das Recht auf lebenswürdige Umstände ab. Sie sagten: Das Elend ist die Grundlage und die Voraussetzung für die wirtschaftliche Erholung in Griechenland. Das ist die brutale Sprache des Kapitals: Das menschliche Elend als Voraussetzung kapitalistischer Profitwirtschaft.

Politiker und Banker als Schuldige der Krise

Die Neoklassik führt als weiteren Krisengrund das Fehlverhalten der Regierungen an. Der Staat soll den freien Markt möglichst nicht regulieren, um die Harmonie der Marktkräfte nicht zu stören. Vor allem der Arbeitsmarkt sollte nicht durch Kündigungsschutz oder Mindestlöhne behindert werden. Und wenn sich der Staat nicht daran halte, komme es zu Krisen.

Gegen eine solche Krisendeutung spricht schon die jüngste Wirtschaftsentwicklung: In den 1980er und 1990er Jahren wurden die Finanzmärkte dereguliert, ganz im Sinne der Neoklassik. Auch sozialdemokratische Parteien waren beteiligt. Dass die Finanzmärkte gerade nicht harmonisch sind und nicht aus sich selbst heraus zum Gleichgewicht tendieren, zeigte sich in ihrem Zusammenbruch von 2007 und 2008. Die Neoklassik hat daraus keine Lehren gezogen. Sie hatte schon keine Lehren gezogen aus früheren Krisen.

Die Neoklassik thematisiert nicht die ökonomischen Voraussetzungen für das angebliche Fehlverhalten. Die Möglichkeit, dass die Politiker von den Märkten getrieben werden und keineswegs souverän darüber stehen, wird überhaupt nicht in Erwägung gezogen. Als nach der Lehman-Pleite 2008 die Politiker mit Rettungsschirmen massiv in das Marktsystem eingriffen, teilweise das gesamte Finanzsystem unter ihre Kontrolle stellten, beugten sich die Politiker den Handlungszwängen, die von den Märkten ausgingen. Die Staatsverwalter entsprachen dem Bedürfnis der Unternehmer, als sie mit großen Konjunkturprogrammen, mit Abwrackprämien, mit Kredithilfen etc. eine Konkurswelle verhinderten.

Solchen Markteingriffen lag doch nicht das fehlerhafte Verhalten der Wirtschafts- und Finanzminister zugrunde. Die Märkte befanden sich in einem katastrophalen Zustand. Deshalb die Staatseingriffe.

Neoklassiker führen gelegentlich das Fehlverhalten von Notenbanken als weiteren Krisengrund an. Schuld an der Immobilienkrise von 2007 soll Alan Greenspan, der damalige US-Notenbankchef, gehabt haben. Sein Verschulden: Er senkte 2002/2004 zu stark die Zinsen. Die Zinssenkung habe zur Immobilienblase geführt. Diese Blase sei geplatzt, als die US-Notenbank Fed die Zinsen zu stark anhub. Das Platzen der Immobilienblase habe die kerngesunde Realwirtschaft infiziert und die große Krise verursacht.

Auch hier das gleiche Muster: Das Marktsystem ist stabil, wird aber durch ein Fehlverhalten erschüttert.

In dieses neoklassische Schema passt die Bankenschelte. Banken hätten aus Profitsucht risikoreiche Wertpapiere verkauft oder Betrügereien begangen. All das

mag ja richtig sein. Aber aus solch einem Verhalten eine Krise zu erklären, ist äußerst fragwürdig. Auch hier wieder dasselbe Schema: Das kapitalistische Marktsystem ist kerngesund, gewisse Akteure, hier die Banken, haben sich falsch verhalten.

2. Was hat Keynes zum Verständnis der Krise beigetragen?

Es gibt eine linke Lesart mit der Bezeichnung Linkskeynesianismus. Es ist der Keynesianismus der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften. Und es gibt den Standardkeynesianismus. Dieser gehört wie die Neoklassik zum Mainstream. Der Standardkeynesianismus kann sich durchaus auf die Schriften von Keynes berufen, vor allem auf die „Allgemeine Theorie“. Das Buch schrieb Keynes 1935. Die wirtschaftlichen Umstände jener Zeit sind wichtig, um das Buch richtig einzuordnen.

„Die Zunft der Ökonomen steht so stark in der Kritik wie schon lange nicht mehr“

Die große Depression von 1929 bis Ende 1932 hatte das Vertrauen in das kapitalistische System schwer erschüttert. Sprunghaft steigende Massenarbeitslosigkeit war eine spürbare Erfahrungstatsache. Das Schönreden des Kapitalismus half nicht mehr. Was war zu tun? Keynes spürte einerseits die Verantwortung, kurzfristig wirkende politische Rezepte theoretisch zu legitimieren, um den Zusammenbruch des Kapitalismus zu verhindern. Andererseits ging es ihm um das Ansehen der ökonomischen Zunft. Schon damals waren die Ökonomieprofessoren in die Schusslinie der Kritik geraten. Sie waren nicht imstande, die Wirtschaftskrisen zu erklären oder voraus zu sagen. Ihre politischen Handlungsempfehlungen erwiesen sich häufig als kontraproduktiv. Sie predigten die alten Rezepte: Vertraut auf die Selbstheilungskräfte der Märkte – haltet durch. Ihr werdet bald durch einen Wirtschaftsaufschwung belohnt. Die Predigt ist identisch mit dem, was der IWF, die Europäische Zentralbank und die Finanzminister zur griechischen Krise seit fünf Jahren gebetsmühlenartig wiederholen.

Diese Sichtweise stößt gelegentlich auf Kritik: Als Protest hat sich an den Hochschulen das „Netzwerk plurale Ökonomik e.V.“ gegründet. In einem offenen Brief schreibt das Netzwerk:

„Jahrzehntelanger Glaube an die selbstregulierenden Kräfte des Marktes, der vorherrschende Modellplatonismus, mangelnde Selbstreflexion und fehlende Methoden- und Theorienvielfalt haben nicht nur unser Fach in eine Sackgasse geführt: die Einseitigkeit ökonomischen Denkens trägt auch zur anhaltenden Wirtschaftskrise und der damit einhergehenden Perspektivlosigkeit bei.“

Der Präsident des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel, Dennis J. Snower schrieb vor fast zwei Jahren in der FAZ:

„Seit der internationalen Finanzkrise der Jahre 2008 und 2009 steht die Zunft der Ökonomen so stark in der Kritik wie schon lange nicht mehr. Zunehmend wird die Frage gestellt, ob die wesentlichen Konzepte der ökonomischen Theorie relevant sind für die Gestaltung von Volkswirtschaften.“ (FAZ 14.2.14)

Keynes argumentierte ähnlich - nur 80 Jahre früher. In der „Allgemeinen Theorie“ beklagte Keynes das schwindende Ansehen der ökonomischen Zunft. Es fehle eine wirklichkeitsnahe Theorie, die vor allem die Arbeitslosigkeit erklären kann. Die fehlende Übereinstimmung zwischen ökonomischer Theorie und den Erfahrungstatsachen sei ein Widerspruch, „der dem gewöhnlichen Manne nicht entging, mit der Folge, dass er den Ökonomen mehr und mehr die Achtung verweigert“.³

³ J. M. Keynes (1936): Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, München und Leipzig (Übersetzung: Fritz Waeger), S. 28

Keynes meinte, dass durch zwei Korrekturen an der klassischen Lehre die „fehlende Übereinstimmung zwischen ökonomischer Theorie und den Erfahrungstatsachen“ wieder hergestellt werden könnte. Und genau in diesen beiden Korrekturen liegt die Differenz zur Neoklassik. Zunächst der erste Punkt.

Die Ökonomen sagten schon damals: Jeder der Arbeiten möchte, findet Arbeit, wenn er nur bereit wäre, weniger Lohn zu fordern. Es gebe keine unfreiwillige Arbeitslosigkeit. Wer arbeitslos sei, sei freiwillig arbeitslos. Er habe sich für die Freizeit entschieden, weil der Nutzen der Freizeit größer sei als der Nutzen der Lohngüter, die er durch Arbeit genießen kann. Arbeitslosigkeit sei selbst verschuldet. Solche Vorstellungen waren für den „gewöhnlichen Mann“, wie Keynes die lohnabhängige Bevölkerung von seinem aristokratischen Podest aus bezeichnete, böser Zynismus. Auch widersprachen sie den „Erfahrungstatsachen“.

Keynes wusste, dass dieser Teil der neoklassischen Arbeitsmarkttheorie empirisch nicht haltbar war. Die sprunghaft gestiegenen Arbeitslosigkeit konnte nicht selbstverschuldet sein. Sie war nicht durch das Verhalten des Einzelnen entstanden, sondern war durch das ökonomische System erzwungen. Keynes bezeichnete sie deshalb als „unfreiwillige Arbeitslosigkeit“.

Nun der zweite Punkt, worin sich Keynes von der Klassik abhob. „Das Angebot schafft seine Nachfrage“, sagt bis heute die Neoklassik. Dieser Grundsatz ist bekannt geworden unter der Bezeichnung „Saysches Theorem“ oder „Saysches Dogma“. Keynes antwortete: Nein, nicht das Angebot schafft die Nachfrage, es verhält sich umgekehrt. Das Angebot folgt der Nachfrage. Und wenn die Nachfrage zu gering sei, entstehe „unfreiwillige Arbeitslosigkeit“. Keynes thematisierte damit einen für das Krisenverständnis zentralen Punkt: Die Nachfrage-Lücke.

Das Elend der Ökonomie: Keynes und Malthus

Jeder erkennt sofort das politische Rezept. Der Staat muss die Nachfrangelücke durch eigene Nachfrage schließen, um die Krise abzumildern oder gar vollständig zu beseitigen. Und das schafft er am besten mit kreditfinanzierten Staatsausgaben.

Für Keynes war die Art der Staatsausgaben nicht entscheidend. Es könnten auch gesellschaftlich unsinnige Ausgaben sein, schreibt er, wie z. B. „das Bauen von Pyramiden. Auch Erdbeben, „selbst Kriege mögen dazu dienen, den Reichtum zu vermehren“. Ebenso alte „Flaschen mit Banknoten (zu) füllen“, sie in geeigneten Kohlebergwerken zu vergraben, diese Kohlebergwerke dann mit „städtischem Kehrlicht“ zu füllen, um die Flaschen dann mühevoll ausgraben zu lassen, seien vernünftige Maßnahmen, um den Kapitalreichtum zu vergrößern.⁴

Ein Wohltäter für die Arbeiter war Keynes nicht gerade, wie man gut sehen kann. Er wollte die Bremse für die Kapitalakkumulation beseitigen, indem er dem Staat empfahl, irgendwelche Nachfrage zu schaffen, egal ob nützliche oder unnütze Dinge geschaffen werden. Hauptsache, die Geschäfte kommen in Schwung. Schon der englische Ökonom Thomas Malthus (1766-1834) habe, wie Keynes meinte, mit dem „großen Rätsel der wirksamen Nachfrage“ gerungen.⁵

Malthus, der Ideengeber von Keynes empfahl, den verschwenderischen Konsum der adligen Grundbesitzer, der Pensionäre, der Priester zu fördern. Wenn diese nichtproduzierenden aber konsumierenden Personen kaufen würden, dann würden sie den Unternehmern auch Profite ermöglichen. Solche Konsumenten hatten damals einen großen Magen, wie bei Keynes der heutige Staat. An eine Erhöhung der Reallöhne dachten weder Malthus noch Keynes. Das Gegenteil war der Fall:

Malthus vertrat das Dogma von der ewig gültigen Armut, weil die Bevölkerung notwendigerweise schneller wachse als deren Lebensmittel. Für ihn war das ein ewig gültiges Naturgesetz, also gerade kein Gesetz einer spezifisch historischen Wirtschaftsweise.

⁴ Keynes (1936), S. 110

⁵ Ebenda, S. 306ff

„Ein Mensch“, schrieb Malthus ganz brutal-kapitalistisch, „der in einer schon okkupierten Welt geboren wird, wenn seine Familie nicht die Mittel hat, ihn zu ernähren oder wenn die Gesellschaft seine Arbeit nicht nötig hat, dieser Mensch hat nicht das mindeste Recht, irgend einen Teil von Nahrung zu verlangen, und er ist wirklich zu viel auf der Erde. Bei dem großen Gastmahle der Natur ist durchaus kein Gedeck für ihn gelegt. Die Natur gebietet ihm abzutreten, und sie säumt nicht, selbst diesen Befehl zur Ausführung zu bringen.“

Keynes formuliert ein ökonomisches Gesetz, das nicht ganz so brutal klingt aber ähnlich gelagert ist wie das Naturgesetz von Malthus. Ein wichtiges Postulat der Klassik sei, so Keynes,

„daß im allgemeinen die Beschäftigung nur zunehmen kann, wenn die Rate der Reallöhne gleichzeitig fällt. Ich bestreite daher diese wesentliche Tatsache nicht, welche die klassischen Ökonomen (ganz richtig) als unantastbar bezeichnet haben. (...) Wenn die Beschäftigung zunimmt, muß somit auf kurze Sicht die Entschädigung, je Arbeitseinheit in Lohngütern ausgedrückt, im Allgemeinen fallen, und die Gewinne müssen zunehmen.“⁶

In der linken Krisendiskussion wird diese Keynesische These von notwendig sinkenden Reallöhnen gern unterdrückt. Aber Keynes hat diese These unmissverständlich formuliert!

Tatsache ist also: Keynes operiert ebenfalls auf der Grundlage einer Verelendungstheorie, die besagt: Ein Mehr an Beschäftigung ist nur möglich bei sinkenden Reallöhnen.

Zur Psychologisierung der Krisentheorie bei Keynes

Noch ein Wort zur Nachfrage-Lücke, worauf die wirtschaftspolitischen Vorschläge von Keynes beruhten.

Keynes hatte mit seiner Kritik am Sayschen Dogma die Tür weit aufgestoßen für ein tieferes Verständnis der Wirtschaftskrisen. Hat er diese Chance genutzt? Leider nein! Die von Keynes ins Spiel gebrachte Nachfragerlücke hat kaum zu einem besseren Verständnis der Krisen beigetragen. Das hat folgenden Grund:

Keynes führt eine Reihe „psychologischer Gesetze“ an, die erklären sollten, warum eine Nachfragerlücke möglich ist. Der „sinkende Hang zum Verbrauch“ ist ein solches psychologisches Gesetz, ebenso der Hang zum Sparen. Keynes verwandelte die spezifischen Gesetze der kapitalistischen Warenwirtschaft in Gesetze der menschlichen Natur. Der Befreiungsschlag, den Keynes mit der Zertrümmerung des Sayschen Dogmas vornahm, führte lediglich zu einer Psychologisierung der Theorie. Der Kapitalismus ist auch hier rein gewaschen. Eine Alternative dazu scheint ausgeschlossen, schon weil die Art des Wirtschaftens ganz der menschlichen Natur folgt.

Aber Keynes verteidigte das bestehende System nicht nur ideologisch. Seine Ratschläge für die Politik dienten zugleich der praktischen Verteidigung.

3. Hinweise zur Marxschen Krisentheorie

Wer sich in die Geschichte der Krisentheorie einarbeitet, ist erschrocken über deren Niedergang. Obwohl Mitte des 19. Jahrhunderts der Kapitalismus erst wenige Krisenzyklen durchlaufen hatte, – man geht davon aus, dass die Geschichte der modernen Krisen in den 1820er Jahre einsetzte – fanden damalige Beobachter schon wichtige Zusammenhänge heraus, die heutzutage nicht mehr gedacht werden. Dazu gehört die Erkenntnis, dass Krisen durch die kapitalistische Produktionsweise selbst hervorgerufen werden, also eine Verlaufsform der kapitalistischen Akkumulation selbst bilden.

⁶ Ebenda, S15

Zum Niedergang der Krisentheorie

Auch ist die Kritik am Sayschen Gesetz keineswegs eine Entdeckung von Keynes. Lange vor ihm wurde die Kritik entwickelt. Marx war keineswegs der erste, der die Klassik an diesem Punkt kritisierte, Sismondi tat das schon etliche Jahre vorher, zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Und was Sismondi auszeichnete: Er stellte die Nachfrangelücke in einen Zusammenhang mit der Verteilungsfrage. Wir werden gleich noch sehen, dass auch das heutige linke Verständnis der Krise die Nachfrangelücke mit der Verteilungsfrage in einen Zusammenhang bringt.

Sismondi sah in der Verteilungsfrage einen schwerwiegenden Mangel des kapitalistischen Systems. Ihre Lösung hielt er für möglich. Die menschliche Natur als Grund der Nachfrangelücke spielte für Sismondi keine Rolle. Und so war der Weg frei für ein Krisenverständnis, das die Ursachen der Krise in den spezifisch historischen Bestimmungen des Kapitalismus suchte. Im Vergleich dazu muss die keynessche Betrachtung der Nachfrangelücke als Rolle rückwärts angesehen werden.

Der kapitalistische Kernprozess als Ursache der Krise

Dass Marx die Möglichkeit der Nachfrangelücke nicht aus der menschlichen Natur herleitete, muss hier nicht belegt werden, so klar sind seine Bemerkungen zur Überproduktionskrise.

Viele werden den Eröffnungssatz zum Kapital irgendwann einmal gelesen haben:

„Der Reichtum der Gesellschaften, in welchen kapitalistische Produktionsweise herrscht, erscheint als eine ungeheure Warensammlung, die einzelne Ware als seine Elementarform“.

Die Ware ist in der kapitalistischen Produktionsweise eine Universalkategorie. Ihre historisch-spezifische Seite ist der Tauschwert, der im Gegensatz zum Gebrauchswert steht und im Geld eine selbständige Form erhält. Dieser Gegensatz stellt sich notwendigerweise als Verhältnis von Angebot und Nachfrage dar. Die produzierte Ware repräsentiert das Angebot. Das Geld repräsentiert die Nachfrage.

Die produzierte Ware muss immer verkauft werden, weil der kapitalistische Produzent sie nicht selbst verbrauchen kann. Erst wenn er den Tauschwert in Geld realisiert, kann er die Ware kaufen, die er selbst benötigt. Verkauf und Kauf bilden eine innere Einheit. Sie sind als Bestimmung in der Ware enthalten.

Verkauf und Kauf können sich aber auch gegeneinander verselbständigen. Denn der Verkäufer muss keineswegs kaufen, nur weil er selbst verkauft hat. Verkauft er, ohne selbst zu kaufen, entsteht eine Nachfrage-Lücke.

Eine solche Nachfrangelücke hat weitreichende Konsequenzen: Stockt der Absatz bei dem einen Warenproduzenten, dann wirkt das auf die Zulieferbetriebe zurück. Folgen der Absatzstockung sind schrumpfende Produktion, Arbeitslosigkeit, Elend.

Marx dringt gedanklich tief in die Wirtschaft ein. Die Krise ist kein oberflächliches Geschehen, sondern hat weit reichende Wurzeln, die fest verankert sind im Kern des kapitalistischen Geschehens, und zwar in der kapitalistischen Warenproduktion und Warenzirkulation.

Marx sagt: Die Krise geht aus der kapitalistischen Wirtschaftsweise selbst hervor. Die Akkumulation sei notwendig ein krisenzyklischer Prozess.

Die Verteilungsfrage spielt bei Marx schon deshalb eine große Rolle, weil der endlose Drang des Kapitals, den Profit zu steigern, die Lohndrückerei als Kehrseite enthält.

Diese „antagonistischen Verteilungsverhältnisse“ begrenzen die Konsumgüternachfrage. Hier liegt ein Teil der Marktlücke begründet.

Ein solcher Antagonismus in der Verteilung ist aber, wie Marx immer wieder hervorgehoben hat, nicht einfach zu korrigieren. Die antagonistischen Verteilungsverhältnisse seien nur das Spiegelbild antagonistischer Produktionsverhältnisse.

Die Themenstellung verbietet es, hier näher auf die Marxsche Krisenanalyse einzugehen. Zwei Schlussfolgerungen sollen gezogen werden: Erstens ist nach Marx die Krise ein wesentlicher Charakterzug der kapitalistischen Akkumulation. Das Auf und Ab der Wirtschaft, die mal größere, dann mal wieder weniger große Massenarbeitslosigkeit, die damit einhergehenden Verelendungsprozesse sind im Rahmen des Kapitalismus nicht abzuschaffen. Um die Krise mit all ihren Verbrechen am Leben der Menschen los zu werden, muss der Kapitalismus selbst beseitigt werden.

Marx hat auch herausgefunden: Die Beseitigung der kapitalistischen Produktionsweise ist nicht nur möglich, sondern wird immer notwendiger.

Grenzen des Krisenmanagements

Die zweite Schlussfolgerung: Der Staat ist in den Akkumulationszusammenhang eingebunden und kann deshalb die Wirtschaft nicht nachhaltig stabilisieren. Greift der Staat stabilisierend ein, schafft er neue Probleme, die in der Zukunft die Krise nur verschärfen.

Vor unseren Augen wird diese zweite Schlussfolgerung von Marx gerade getestet: Als die Krise vor allem 2008 und 2009 wütete, intervenierten die Staaten. Sie intervenierten, um eine gigantische Entwertungsspirale im Interesse des Kapitals zu stoppen. Und sie taten das auch, um einen Zusammenbruch des Finanz- und Wirtschaftssystems zu verhindern. Ein solcher Zusammenbruch hätte zur Schockstarre geführt: Zunächst wäre das Kredit- und Zahlungssystem, also das gesamte Bankensystem zusammen gebrochen. Mit dem Ende der Geldzirkulation wäre die Warenzirkulation nicht mehr möglich gewesen. Die Produktion hätte gestockt. Die Versorgung wäre trotz des unverändert großen Reichtums zusammengebrochen. Um zu überleben, hätten die Lohnabhängigen in den Produktionsprozess aktiv eingreifen müssen.

Selbstorganisationen, Besetzungen und andere Aneignungsweisen hätten auf der Tagesordnung gestanden.

Die damaligen Regierungen sahen durchaus die Gefahr des Zusammenbruchs. „Es gab Stimmen“, schrieb der damalige deutsche Finanzminister Peer Steinbrück, „die vom Ende des Kapitalismus sprachen“⁷.

Die Regierungen boten alles auf, was sie an finanziellen Reserven hatten, um das Ende des Kapitalismus zu verhindern. Die Staaten verschuldeten sich. Die Notenbanken stellten riesige Summen Geld bereit. Denn das gefährdete Kredit- und Zahlungssystem musste unbedingt gerettet werden. Auf diese Weise wanderten die Verwertungsrisiken des Kapitals in die Staatshaushalte und in die Bilanzen der Notenbanken. Die Notenbanken verwandelten sich allmählich in Bad Banks.

Tatsächlich wurden die Krisenfolgen abgeschwächt. Aber es könnte sich um einen Pyrrhussieg handeln. Die hochverschuldeten Staaten und die aufgeblähten Bilanzen der Notenbanken sind eine schwere Bürde für die nächste Krise. Kommt die nächste Weltmarktkrise, dann macht sich die Bürde auf zweierlei Weise geltend:

Erstens haben die Staaten sich wirtschaftspolitisch verausgabt. Ein weiteres Mal mit ungeheuren Geldsummen zu intervenieren, dürfte kaum möglich sein. Zweiten wäre die Wahrscheinlichkeit groß, dass die Bürde selbst zu einem Krisenfaktor wird. Auch Staaten können Pleite gehen und ihre eigene Pleite verschärft die Krise. Notenbanken können an Glaubwürdigkeit verlieren, mit der Folge, dass das durch sie geschaffene Geld wertlos wird.

Die Kombination aus alter Krisenlast und neuen Krisenfaktoren stellt ein explosives Gemisch dar. Man darf gespannt sein, wie der Test der zweiten Schlussfolgerung von Marx ausgehen wird.

⁷ P. Steinbrück (2010), Unterm Strich, Hamburg, S. 200. „Im September (2008) wurde mir klar, dass wir nur noch Tage von einem vollständigen Zusammenbruch entfernt waren,“ schrieb Gordon Brown (Beyond the Crash, 2011, S. 18) rückblickend auf seine Zeit als Premierminister Großbritanniens.

4. Gemeinsamkeiten in der linken Krisendebatte ⁸

Was die heutige linke Krisentheorie kennzeichnet, ist ihr Eklektizismus, der vor allem in der Verbindung Marxscher und keynesianischer Theorieelemente besteht. Die typisch Marxsche Ausdrucksweise wird gelegentlich zwar noch verwendet, allerdings erhält sie einen neuen Inhalt, der sich mal mehr mal weniger deutlich von der ursprünglichen Marxschen Begrifflichkeit entfernt. Ein solcher Eklektizismus ist vor allem in den marxistisch ausgelegten FMK-Theorien weit verbreitet und wird gelegentlich auch offen eingestanden, meist mit dem Hinweis, Fehler, Lücken, Inkonsistenzen oder die fehlende Aktualität der Marxschen Theorie durch keynesianische Ergänzungen auszuräumen.

Eklektizismus

Der offene, bekennende Eklektizismus idealisiert das Zusammenstückeln solcher Theorieelemente und spricht selbstbewusst von einem „nützlichen Eklektizismus“⁹. Zum Eklektizismus haben sich verschiedene Krisentheoretiker bekannt, darunter Jörg Huffs Schmid, ehemals prominentes Mitglied der Memorandum-Gruppe und Lucas Zeise, dessen Krisentheorie in der Tradition des staatsmonopolistischen Kapitalismus steht. Zeise glaubt, zu einer „schlüssigen Theorie über das Geld“ nur dann zu gelangen, wenn er sich „im Grundsatz an Karl Marx“ orientiert. Damit sei es aber nicht getan. Daher versucht er, „wichtige Geldtheorien und insbesondere John M. Keynes zu rezipieren und darzustellen“, in der Hoffnung, „einige Schwächen der Marx'schen Darlegung“ so zu beseitigen, dass eine Analyse des hochmodernen und hochdestruktiven Finanzsektors möglich wird. „Zudem scheint Marx das Problem des Geldkapitals im 1. Band noch nicht annähernd so konsequent durchgearbeitet zu haben, dass ihm keine Widersprüchlichkeiten unterlaufen wären.“ Das gelte auch für einige Abschnitte im dritten Band des Kapitals.¹⁰

Wenig selbstbewusst und meist verschüchtert tritt der verdeckte Eklektizismus auf, der sich zu verbergen sucht, indem er dem Leser einredet, Keynes habe eine Theorie aufgestellt, die teilweise nicht im Widerspruch zur Marxschen Theorie stehe und wegen des höheren Aktualitätsgrads und einer anderen Schwerpunktsetzung geeignet sei, die Marxschen Lücken bzw. die antiquierten Vorstellungen vor allem zum Geld- und Kreditsystem auszuräumen. Diese häufig nicht offen ausgewiesene Keynesianisierung der Marxschen Theorie erfolgt unter dem Schein der Fortentwicklung Marxscher Begriffe mit der Konsequenz, dass die innere Konsistenz verloren geht. Verschiedene FMK-Autoren, darunter Michael Heinrich und Stefan Krüger, gehören dieser Richtung an. Sämtliche Varianten des Eklektizismus führten zu einer Vulgarisierung bis hin zur gänzlichen Beseitigung der Marxschen Theorie.

Finanzmarktkapitalismus

Eine weitere Gemeinsamkeit linker Krisentheorien besteht darin, dem Finanzsektor eine spezifische Bedeutung in der Argumentation eingeräumt zu haben. Vom „finanzinvestorengetriebenen Kapitalismus“ bzw. „finanzmarktgetriebenen Kapitalismus“ ist die Rede. Einige Autoren sprechen von der „Finanzialisierung der Welt“ (Autoren im Umfeld von Le Monde diplomatique). Joachim Bischoff wählt die Bezeichnung „finanzmarktgetriebene Akkumulation“, Elmar Altvater bevorzugt den Ausdruck „Shareholder- oder Casino-Kapitalismus“, Alex Demirovic und Thomas Sablowski bezeichnen den neuen Kapitalismus als „finanzdominiertes Akkumulationsregime“ oder schlicht als „Finanzkapitalismus“.

⁸ Ergänzende Ausführungen dazu findet der Leser unter: G. Sandleben (2011), Finanzmarktkrise – Mythos und Wirklichkeit; G. Sandleben / J. Schäfer (2013), Apologie von links, Beiträge unter: <http://www.guenther-sandleben.de/>

⁹ So der Titel des Aufsatzes von Fülberth, Georg: Nützlicher Eklektizismus. In: Mit Marx ins 21. Jahrhundert, Hamburg 2003

¹⁰ Lucas Zeise (2011), Geld – der vertrackte Kern des Kapitalismus, S. 9

Allen Wortverbindungen ist gemeinsam, dass sie die treibenden und damit auch die zerstörerischen Kräfte des Kapitals schon sprachlich in die Finanzmärkte auslagern. Das Kapital in Industrie und Handel verliert seine Problematik und wird schöngeredet. Die repressive Macht scheint von außen zu kommen. Sie ist nicht mehr Teil des Industriekapitals selbst. Finanzmärkte und Banken werden kritisiert und bekämpft, nicht aber das Kapitalverhältnis selbst.

Nachfrangelücke und die Systemfrage

Weitere Gemeinsamkeiten treten in der linksorientierten Krisentheorie hervor, wenn man sie dem bürgerlichen Mainstream gegenüberstellt: Erstens teilt sie die Auffassung, wonach das kapitalistische Marktsystem krisenanfällig sei. Sie lehnt das Saysche Dogma, das Angebot schaffe zu jeder Zeit eine entsprechende Nachfrage, generell ab und ist damit offen für zyklische Ungleichgewichtsprozesse.

Ebenso wie Keynes thematisiert sie die Nachfrage-Lücke. Allerdings gibt es hier einen bedeutenden Fortschritt: Die Nachfrage-Lücke wird gerade nicht mit der menschlichen Natur in Verbindung gebracht. Stattdessen wird die Nachfrangelücke aus Funktionsmängeln des Kapitalismus abgeleitet. Meist spielt das Kaufkraftargument die zentrale Rolle. Um die Nachfrangelücke zu verkleinern, seien höhere Löhne notwendig, wird vielfach behauptet.

Das Plädoyer für höhere Löhne ist ein bedeutender Unterschied zur keynesianischen und neoklassischen Theorie, worin die Ausweitung der Produktion mit sinkenden Reallöhnen verbunden wird. Wären die Löhne höher, so das linkskeynesianische Argument, hätten die Arbeiter mehr Wohlstand und die Unternehmer weniger Absatzprobleme. Das Verarmungsargument der Standardökonom, die Löhne müssten fallen, damit die Wirtschaft sich erholen kann, ist hier umgekehrt.

Zweitens sehen linke Krisenbetrachter in der Massenarbeitslosigkeit eine notwendige Konsequenz des Kapitalismus. Das ist ein Fortschritt vor allem gegenüber der Neoklassik. Die Massenarbeitslosigkeit mit all den fürchterlichen Konsequenzen wird von den linken Krisentheoretikern thematisiert und nicht etwa schön- oder gar weggeredet. In diesem Zusammenhang wird der Kapitalismus keineswegs als eine ewig gültige, der menschlichen Natur entsprechende Wirtschaftsweise betrachtet. Mit der Aufdeckung verschiedener Systemmängel wird gelegentlich über den Kapitalismus hinausgedacht, wobei allerdings die Vorstellung überwiegt, der Staat könne die Mängel beheben, würde er nur die richtige Politik ansteuern.

5. Die Krisentheorie der Memorandum-Gruppe: Hufschmid, Hickel etc.

Die Staatsbezogenheit ist ein wichtiges Merkmal der Memorandum-Gruppe, die seit 1977 regelmäßig zum 1. Mai ein Alternativgutachten zur herrschenden Wirtschaftspolitik vorlegt. Das Memorandum wird von über 1.000 Ökonomen, Gewerkschaftlern und politisch Interessierten unterstützt. Mit dem selbstgesteckten Ziel, dem Staat brauchbare Politik-Alternativen anzubieten, verengte das Memorandum von vornherein seinen Denkhorizont. Diese Selbstfesselung hat natürlich auch die Inhalte beeinflusst.

Krisentheorie und alternative Politikberatung – ein wenig beachteter Zusammenhang

Zunächst einmal bleibt diese selbstgewählte Zwangsstruktur nicht ohne Folgen für die Beurteilung der Krise. Ökonomische Gesetze, die zwangsläufig Krisen, Arbeitslosigkeit, soziale Unsicherheiten etc. hervorbringen, darf es nicht geben, soll alternative Politikberatung noch sinnvoll sein. Für die Memorandum-Autoren können deshalb die letzten Entstehungsgründe der Krise immer nur jenseits ökonomischer Zwänge existieren, nämlich in einer falschen z. B. neoliberalen Politik oder in einem Fehlverhalten von Banken, Fonds, Managern, Spekulanten.

Die Selbstfesselung ist auch nicht ohne Einfluss auf die Vorstellung vom Staat geblieben. Auf der Grundlage der bestehenden Produktionsverhältnisse muss eine sehr unterschiedliche Politik möglich sein, soll Politikberatung sinnvoll sein. Um glaubwürdig zu bleiben, muss das Memorandum die Illusion verbreiten, als könnte der Staat die Krise erfolgreich managen.

Um die Politikfähigkeit nicht zu verlieren, muss schließlich als Legitimationsgrundlage eine solche Theorie gewählt werden, die als relevant angesehen wird.

Das Memorandum hat sich aus nahe liegenden Gründen für die Keynesische Theorie entschieden. Gern werden Nobelpreisträger zitiert, um vor dem Richterstuhl des Staates als besonders kompetent zu erscheinen.

Insgesamt ist festzuhalten, dass schon der formelle Rahmen, der mit der selbstgewählten Beratertätigkeit gesetzt worden ist, eine konsequent zu Ende gedachte Krisentheorie nicht zulässt, die den kapitalistischen Kernprozess, die Produktion und den Austausch von Waren, als den krisenanfälligen Bereich hervorhebt.

Großen Einfluss auf die Inhalte des Memorandums hatte der im Dezember 2009 verstorbene Professor Dr. Jörg Huffs Schmid. Er war Gründungsmitglied des Memorandums. Sein Buch „Politische Ökonomie der Finanzmärkte“ hatte weit über die Memorandums-Gruppe hinaus größeren Einfluss gehabt.

Eckpunkte der FMK-Theorie

Huffs Schmid's Buch wurde theoretischer Sammelpunkt für ein breites Spektrum politischer Bewegungen und Organisationen. Dazu gehört die globalisierungskritische Bewegung Attac ebenso wie die politische Monatszeitschrift „Sozialismus“. Inhaltlich sind folgende Aspekte hervorzuheben:

Erstens soll die Krise wesentlich durch eine falsche Politik entstanden sein. Die neoliberale Wende mit der Deregulierung der Finanzmärkte, der neoliberalen Umverteilungspolitik und der Privatisierungspolitik, die seit Mitte der 1970er Jahre eingesetzt hat, gilt Huffs Schmid als Ausgangspunkt für die ökonomische Katastrophe. Der Finanzmarkt sei expandiert (Finanzierung über den Kapitalmarkt, Privatisierungen, Fusionen, private Rentenversicherung) und immer mächtiger geworden.

Wenn aber Huffs Schmid die Politik als den tieferen Grund der Krise anführt, dann hat die Krise gerade nichts mehr mit der kapitalistischen Wirtschaftsweise selbst zu tun. Seine politische Konsequenz lautet deshalb: Rückkehr zum Reformkapitalismus mit stärkerer staatlichen Kontrolle.

Als zweiten wichtigen Punkt hebt Huffs Schmid's die Übermacht des Finanzsektors hervor: Die Finanzmärkte einschließlich die Finanzakteure spielen seiner Meinung nach eine zentrale Rolle. Sie beherrschen die Realwirtschaft.

Huffs Schmid stellt diese Machtthese in einen Zusammenhang mit der Shareholder-Value-Orientierung der Unternehmen. Er schreibt:

„Sie (institutionelle Anleger) erzwingen die ausschließliche Konzentration auf die Maximierung der Gewinne“. Finanzinvestoren würden „Renditeziele“(!) für die Unternehmen aufstellen und könnten sich bei Nichteinhaltung „durch Verkauf ihrer Anteile jederzeit aus dem Unternehmen zurückziehen, und diese Exil-Option verschafft ihnen Druckpotential!“¹¹

¹¹ J. Huffs Schmid, Kapitalismus heute, Hamburg. 2010, S. 55f, 88. „Sie (vor allem die verschuldeten Unternehmen) sind den Ansprüchen ihrer Aktionäre, der Investment- und Pensionsfonds ausgesetzt, die verlangen, dass „ihre“ Unternehmen Quartal für Quartal steigende Gewinne ausweisen.“(Huffs Schmid, Politische Ökonomie der Finanzmärkte, S. 13) „Obwohl einzelne institutionelle Kapitalanleger häufig nur Minderheitsbeteiligungen an den Unternehmen halten, sind sie in der Lage, (z.B. durch einen angedrohten Abzug von Kapital) einen erheblichen Druck auszuüben und ihre Interessen am ‚Shareholder Value‘ geltend zu machen, also an der Aktionärsrendite, die sich aus Dividenden und Kursgewinnen zusammensetzt. (...) Insgesamt dient der Aktienmarkt jedoch weniger der Unternehmensfinanzierung als vielmehr der Unternehmenskontrolle.“ (Demirović, Alex / Sablowski Thomas (2011): Finanzdominierte Akkumulation und die Krise in Europa, S. 83 in: PROKLA. Verlag Westfälisches Dampfboot, Heft 166, 42. Jg. 2011, Nr. 1, 77 – 106; <http://www.prokla.de/wp/wp-content/uploads/2012/demirovic-sablowski.pdf>

Unverständlich ist, dass Huffs Schmid die Renditeziele von dem Kapital abtrennt, das im Industrie- und Handelssektor fungiert. In Wirklichkeit sind es die Unternehmen selbst, die „Renditeziele“ aufstellen, in der Hoffnung, ihr Kapital entsprechend verwerten zu können. Das tun sie generell als kapitalistisch geführte Unternehmung, egal ob sie als Aktiengesellschaft oder als Familienunternehmen firmieren.

Denn das Kapital selbst enthält diesen Profitzwang. Das Industriekapital will sich immer maximal verwerten. Die Finanzmärkte spielen in dieser Profitmaximierungsstrategie gar keine Rolle.

Huffs Schmid's These, dass der Verwertungszwang vom Finanzmarkt und den dortigen Akteuren kommen würde, hat die Memorandum-Autoren zu einer naheliegenden Konsequenz verleitet: Die Produktionswirtschaft brauche wieder Vorrang vor der Finanzwirtschaft. Die Macht der Banken soll eingeschränkt werden zur Stärkung der Realökonomie. Huffs Schmid und das gesamte Memorandum kritisieren eine Kapitalfraktion, nämlich die Banken, Investmentfonds, Vermögensverwaltungen und Versicherungen, um das Interesse einer anderen, nämlich das der Industrie zu fördern.

Huffs Schmid's Zitat enthält noch die These, dass Finanzinvestoren durch Verkauf von Aktien oder Anleihen einen besonderen Druck auf das Unternehmen ausüben könnten. Verschiedene Gründe sprechen gegen diese Exit-These: Zunächst einmal ist das Unternehmen vom Verkauf einer Aktie oder Anleihe gar nicht betroffen. Durch Verkauf einer Anleihe muss der Unternehmer keineswegs seinen Kredit frühzeitig zurückbezahlen. Der Verkauf von Wertpapieren kann deshalb auch kein Druckmittel sein. Zum anderen heißt Verkauf doch immer, dass ein anderer die Aktie oder Anleihe kauft. Es hat sich für ein Unternehmen nichts geändert, ob die Vermögensverwaltung A oder B nun das Wertpapier besitzt. Zudem handelt jeder Finanzmarktakteur für sich, für sein eigenes Geschäft. Finanzinvestoren können gemeinschaftlich gar keinen Druck aufmachen. Es fehlt an dem dafür notwendigen Handlungszusammenhang. Sie stellen kein kollektives Marktsubjekt gegenüber dem Industriekapital dar.

Wenn die Profitziele und damit auch der Druck auf die Löhne von den Finanzakteuren und Finanzmärkten kommen sollen, dann kommen sie nicht mehr aus der Industrie. Das klassische Kapital in Industrie und Handel scheint also seine Kapitalbestimmungen verloren zu haben. Dieser Sektor wird folgerichtig als „Realökonomie“ bezeichnet. Das Kapitalverhältnis als die wesentliche Seite ist darin ausgeblendet.

Standen sich früher Lohnarbeit und Kapital gegenüber, scheint jetzt die Konfliktlinie zwischen Arbeit (unternehmerische Arbeit plus Lohnarbeit) und Finanzkapital zu verlaufen. Zur Abwehr externer Störfaktoren ist ein Pakt aus „Belegschaft“ und der jeweiligen Geschäftsführung sinnvoll. Co-Management und Sozialpartnerschaft drängen sich bündnispolitisch als Gegenmacht zum Finanzkapital auf.

6. Krise als Konsequenz des staatsmonopolistischen Kapitalismus: Lucas Zeise

Eine zweite linke Krisentheorie stammt von Lucas Zeise, die in der Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus ihre Grundlage hat. Hilferding's These von der Verschmelzung von Industrie- und Bankkapital zum „Finanzkapital“ ist als richtig unterstellt¹², so dass Zeise Huffs Schmid's These von der Dominanz des Finanzsektors ohne Schwierigkeiten übernehmen konnte. In der Interpretation von Zeise soll dieser Finanzsektor durch zwei weitere Merkmale bestimmt sein: Durch die Macht der Finanzmonopole und durch deren besondere Verbindung zum Staat.

¹² Hilferding schrieb 1910: „Die Bank (muss) einen immer wachsenden Teil ihrer Kapitalien in der Industrie fixieren. Sie wird damit in immer größerem Umfang industrieller Kapitalist. Ich nenne das Bankkapital, also Kapital in Geldform, das auf diese Weise in Wirklichkeit in industrielles Kapital verwandelt ist, das Finanzkapital. (...) Finanzkapital (ist) Kapital in der Verfügung der Banken und in der Verwendung der Industriellen.“ R. Hilferding (1973, zuerst 1910), Das Finanzkapital, S. 309. Eine detaillierte Kritik dazu findet der Leser unter: http://guenther-sandleben.de/mediapool/57/574173/data/Sandleben_Hilferding.pdf

Dass der Finanzsektor monopolistisch strukturiert sei, ist offensichtlich unzutreffend. Beispielsweise ist gerade in Deutschland der Bankensektor, der traditionell aus drei Säulen (Sparkassen, Genossenschaftsbanken, private Banken) besteht, trotz einiger Zentralisierungsprozesse immer noch stark dezentralisiert.

Zeises zweite These, dass die Monopole den Staat für ihre Zwecke instrumentalisieren, scheint nur die halbe Wahrheit zu sein. Der Staat vertritt das Interesse des gesamten Kapitals des jeweiligen Landes, also sowohl das Interesse des großen als auch das Interesse der kleineren Kapitale.

Kapitalfraktionen mit einem größeren Anteil am Gesamtkapital dürften sich im Konfliktfall eher durchsetzen als kleinere Kapitalfraktionen. Aber dieser Einfluss des Kapitals auf die Politik hat gerade nichts mit monopolistischen Strukturen zu tun.

7. Monetäre Wertlehre: Zum Krisenverständnis von Michael Heinrich

Ein dritter Beitrag zur Krisentheorie stammt von Michael Heinrich. Auch er teilt die These von der Dominanz des Finanzsektors. Er sagt: Das Kreditsystem sei die „strukturelle Steuerungsinstanz der kapitalistischen Ökonomie“. Er ist der Meinung, dass die von Keynes betonte „Hierarchie der Märkte (die Zinsen(!) des Kapitalmarktes bestimmen den Umfang der Investitionen und damit den Güter- und den Arbeitsmarkt) nicht(!) im Widerspruch zur Marxschen Theorie (steht)“. Denn die Zinsen(!), die auf dem Kapitalmarkt zu zahlen wären, würden die Unternehmer dazu zwingen(!), einen Profit zu erzielen, der es erlaubt, mindestens diese Zinsen zu zahlen.¹³

Heinrich spricht vom „Druck auf die Löhne“, der vom Zins und damit vom Finanzsektor ausgehen würde. Diesen Zusammenhang findet man bei allen marxistisch orientierten FMK-Theoretikern, verbunden mit der These, der finanzmarktgetriebene Kapitalismus habe zur Umverteilung von unten nach oben geführt.

Die keynesianisch orientierten Anpassungsarbeiten, die Heinrich an den Marxschen Kategorien zur Kritik der politischen Ökonomie vornimmt, laufen auf den zentralen Punkt hinaus, den originell kapitalistischen Charakter aus der Produktion zu entfernen, zumindest aber so weit zu verharmlosen, dass der durch das Kapital geschaffene Gegensatz zur Lohnarbeit seine Sprengkraft verliert. An die Stelle dieses Klassengegensatzes wird ein Gegensatz von Finanzsektor einerseits und der Produktion andererseits aufgemacht, worin Unternehmer und Lohnarbeiter vereint gegen die externe Finanzmacht gesetzt sind.

Von zentraler Bedeutung ist die monetäre Werttheorie. Monetär heißt hier, dass erst in der Verbindung zum Geld die Ware ihren Wert erhält. Marx hat das Verhältnis von Ware und Geld genau umgekehrt gesehen: Das Geld ist eine Konsequenz des Werts der Ware. Heinrichs Vorstellung von der Dominanz des Geldes ist der Grundstein für seine These von der Dominanz der Finanzmärkte.

Wenn Marx sagt, das Geld ist eine Konsequenz der Waren und nicht umgekehrt, dann hat Marx das Geld aus der Welt der Waren abgeleitet. Die Erklärung erfolgt aus den Bestimmungen der Waren selbst.

Demgegenüber setzt Heinrich das Geld als Wertzeichen der Ware voraus. Auf diese Weise hat Heinrich die Lösung des Geldrätsels durch Marx rückgängig gemacht. Nicht die Marxsche Analyse von Wert und Geld ist inkonsistent oder mehrdeutig, wie Heinrich meint. Inkonsistent und ambivalent wird die Wert- und Geldtheorie erst durch die Uminterpretation von Michael Heinrich.¹⁴

8. Die große Entwertung: Ernst Lohoff und Norbert Trenkle

¹³ Michael Heinrich (2006): Die Wissenschaft vom Wert, 4. korrigierte Auflage, S. 300; (!) wurde hinzugefügt

¹⁴ Zur weiteren Kritik an Michael Heinrich vergleiche: Schulz, Horst (2008): Zur Schöpfungsgeschichte des Michael Heinrich. Im Internet verfügbar unter: <http://www.proletarische-briefe.de/?p=120>; Sandleben, Guenther: Monetäre Werttheorie als Preistheorie. Geld und Wert bei Michael Heinrich, in: Sozialismus 10/2008, auszugsweise als Internetversion unter: <http://www.guenther-sandleben.de/>,

Ernst Lohoff und Norbert Trenkle haben ihre Krisentheorie systematisch in ihrem Buch "Die große Entwertung" näher ausgeführt. Auf den ersten Blick scheint ihre Theorie wenig mit den bislang diskutierten Beiträgen zu tun zu haben. Tatsächlich sehen beide Autoren weder in der keynesianischen Nachfragesteuerung noch in der Umverteilungspolitik in Richtung höherer Löhne oder in einer Reform des Finanz- und Bankensektors eine Lösung der schwerwiegenden Verwerfungen. Die Krise soll eine Krise des kapitalistischen Systems selbst sein, das schon bald aufgrund seines inneren Selbstwiderspruchs zusammenbrechen werde. Eine politische Lösung der strukturellen Verwertungskrise auf kapitalistischer Grundlage halten sie für unmöglich.

Bei näherer Betrachtung zeigen sich aber unerwartet viele Gemeinsamkeiten mit der übrigen linken Krisentheorie. Dazu gehört die These von der Eigenständigkeit des Finanzsektors und von der besonderen Bedeutung, die dieser schon wegen seiner Größe für die wirkliche Akkumulation besitzen soll. Krisentheoretische Übereinstimmungen gibt es auch in der Hervorhebung der Politik als wichtigen Krisenfaktor. Auch hier wird die These vertreten, neoliberale Regierungen hätten vor mehr als 30 Jahren den „Startschuss“ für die „gewaltigste Aufblähung“ und für die „weltweite Entfesselung“ der Finanzmärkte gegeben, die bis heute die Weltwirtschaft dominieren würden.¹⁵ Im fiktiven Kapital sehen die Autoren ebenfalls ein „neues Feld der Kapitalanlage“. Sie gehen noch einen Schritt weiter, wenn sie den Finanzsektor zur „Schlüsselindustrie des kapitalistischen Gesamtsystems“ aufwerten.

Ihr Ausgangspunkt ist die These von der „Abschmelzung der Wertbasis als Folge der dritten industriellen Revolution.“ Folge davon sei eine sinkende Mehrwertproduktion. Die Konsequenz wäre ein Rückgang der Kapitalakkumulation. Dieser Rückgang würde aber durch das rasch wachsende fiktive Kapital aufgehalten. Mit dem fiktiven Kapital würden zukünftige Werte angezapft und in die Gegenwart transferiert. Die Autoren sprechen selbst von „Mirakelökonomie“ und wegen der Expansion des fiktiven Kapitals von einem „inversen Kapitalismus“.

Kritisch anzumerken ist, dass die These vom Abschmelzen der Wertbasis vorausgesetzt, nicht aber erklärt wird. Sie widerspricht der tatsächlichen Akkumulation. Es ist augenfällig, dass weltweit die Zahl der produktiven Lohnabhängigen zugenommen hat. Das gilt vor allem für Asien, Nordamerika aber auch für etliche Regionen in Europa. Dort, wo die Zahl der Lohnarbeiter etwa konstant geblieben ist, dürfte die Intensität der Arbeit stark gestiegen sein. Auch das hat die Wertproduktion erhöht.

Die These, dass künftige Werte, die noch gar nicht produziert sind, einen Einfluss auf die tatsächliche Akkumulation haben, muss als widersinnig zurückgewiesen werden. Schon die stoffliche Seite der Akkumulation spricht dagegen. Denn es lassen sich keine Produktionsmittel im Akkumulationsprozess einsetzen, die noch gar nicht da sind.

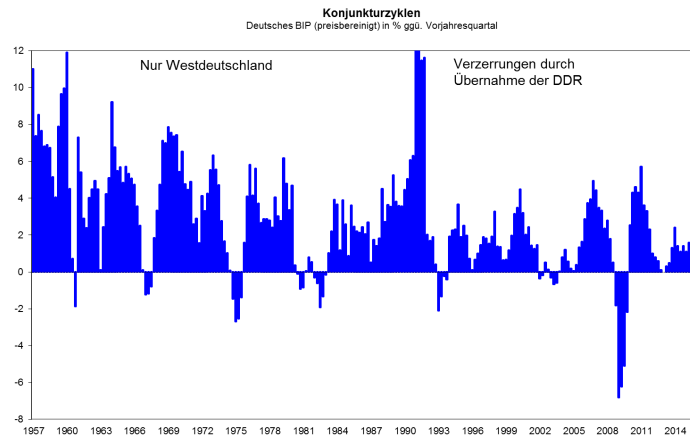
9. Gemeinsamkeiten in der Konjunktur- und Krisentheorie

Soweit Darstellung und Kritik einiger linker Krisentheorien. Hier sind Widersprüche, Halbheiten und etliche Irrtümer anzutreffen. Von solchen Theorien erfahren wir kaum mehr über die inneren Zusammenhänge zyklischer Wirtschaftskrisen als vom bürgerlichen Mainstream. Immer wieder rutscht die linksorientierte Krisentheorie in Deutungsmuster hinein, die darauf hinauslaufen, die Krisenursachen jenseits des kapitalistischen Kernsektors anzusiedeln.

Die ersten drei Krisentheorien neigen dazu, die Harmonielehre von Keynes zu übernehmen. Der Kapitalismus sei instabil, wird zwar gesagt. Betreibe der Staat aber die richtige Wirtschafts- und Sozialpolitik, sei eine Stabilisierung des gesamten Marktsektors möglich. Markt und Staat zusammen würden prinzipiell ein stabiles System ergeben.

¹⁵Ernst Lohoff / Norbert Trenkle (2012): Die große Entwertung, S. 68, 70f

Eine solche Sichtweise stellt eine Verharmlosung des Krisengeschehens dar, die auf eine Apologie des kapitalistischen Reproduktionsprozesses hinausläuft. Könnte der Staat tatsächlich den kapitalistischen Akkumulationsprozess verstetigen und harmonisieren, wie auch Keynes erhofft hatte, dann wäre das schon längst geschehen. Aber die Wirtschaft hat ihre Zyklizität trotz moderner Steuerungstechniken keineswegs eingebüßt, wie etwa der zyklische Wachstumsprozess des deutschen Bruttoinlandsprodukts illustriert.



Meist übersieht die linke Krisentheorie, dass der Staat über nur begrenzte Steuerkapazitäten verfügt. Beispielsweise darf er nicht in das Privateigentum eingreifen und Investitionslenkung betreiben. Zudem ist er in die kapitalistischen Reproduktionskreisläufe eingebunden. Hierdurch werden seine finanziellen Spielräume begrenzt.

Einige linke Krisentheoretiker, darunter die Memorandum-Autoren, haben die keynessche Harmoniethese noch erweitert. Sie meinen: Höhere Löhne stabilisieren die Wirtschaft. Höhere Löhne lägen deshalb nicht nur im Interesse der Lohnempfänger sondern auch im Interesse der Unternehmer, die dann keinen Krisen mehr ausgesetzt wären. Allerdings hat diese Lobpreisung höherer Löhne als einfaches und wirksames Mittel für bessere Geschäfte bei den Unternehmern wenig Zustimmung gefunden. Die eigenen Geschäfte lehren praktisch, dass höhere Löhne zugleich höhere Lohnkosten bedeuten, die zu einem Druck auf die Ertragsmargen führen. Deshalb ignorieren Unternehmen jene für sie merkwürdige Sicht der Dinge und nutzen jede praktische Gelegenheit, das Gegenteil von dem zu tun, was Linkskeynesianer empfehlen. Sie setzen die eigenen Lohnkosten herab, plädieren für längere Arbeitszeit und für eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, die wiederum auf Lohnsenkungen hinausläuft. Als ihre theoretischen Dolmetscher formulieren deshalb die bürgerlichen Ökonomen das für sie ewig gültige gesellschaftliche Gesetz, wonach die Löhne real sinken müssten, soll eine Ausweitung der Beschäftigung erfolgen. Statt den hier ausgesprochenen Antagonismus systemkritisch aufzugreifen, wird alles getan, ihn zu verschleiern, ihn linkskeynesianisch in eine Harmonie der Interessen umzumünzen.

Zudem wird nicht gesehen, dass die Aufteilung des Sozialprodukts in Profit und Lohn keineswegs durch sozial- oder tarifpolitische Maßnahmen nachhaltig zugunsten der Löhne verändert werden kann. Man muss nur die zurückliegenden Jahrzehnte mit der Tendenz in Richtung Absenkung der Lohnquote Revue passieren lassen. Statt Umverteilung von oben nach unten passierte das direkte Gegenteil.

Die Produktionsverhältnisse sorgen dafür, dass die Lohnabhängigen einen Lohn erhalten, der gerade mal so hoch ist, dass sie ihr Arbeitsleben effektiv für das Kapital bewältigen können. Die Produktionsverhältnisse bestimmen die Verteilungsverhältnisse. Eine Änderung der Verteilungsverhältnisse ist nur möglich, wenn zugleich die Produktionsverhältnisse verändert werden.

Noch ein zweites Deutungsmuster des Mainstreams ist in der linksorientierten Krisenbetrachtung verbreitet. Die Neoklassik siedelt sämtliche Krisenursachen jenseits des kapitalistischen Marktsystems an. Diese Externalisierung des Krisengeschehens spielt eine gewisse Rolle auch in der FMK-Theorie.

Man muss nur an die These linksorientierter Autoren denken, wonach kaltschnäuzige Bankster die Krise zumindest mit herbeigeführt hätten. In diesem Argument wird die Krise auf ein Fehlverhalten von Marktakteuren zurückgeführt.

„Den Zockerbanken sollte das Handwerk gelegt werden“, sagt Sahra Wagenknecht.

„Zerschlagt die Banken“, fordert Rudolf Hickel, ein prominentes Mitglied der Memorandum-Gruppe. Hickel erhofft sich durch die Abspaltung und Verkleinerung des Investmentbankings einen wesentlichen Beitrag zur Verhinderung künftiger Krisen.

Schon der Begriff „finanzmarktgetriebener Kapitalismus“ verweist auf eine Externalisierung des Krisengeschehens. Der Finanzmarkt steht als treibender Faktor im Vordergrund. Nicht mehr der Kapitalismus als solcher, sondern der finanzmarktgetriebene Kapitalismus soll zur Krise führen. Die kapitalistisch-destruktiven Kräfte werden mit dieser Formulierung nur noch im Finanzsektor gesehen. Demgegenüber scheint der warenproduzierende Sektor keine Krisenfaktoren mehr zu besitzen. Und wenn es hier dennoch zu Krisen kommt, dann muss der Finanzsektor die Ursache gewesen sein.¹⁶ Das Krisenverständnis der Neoklassik ist in dieser Argumentation nicht zu übersehen.

¹⁶ Dass die Krisenursachen notwendigerweise im Finanzsektor angesiedelt sein müssen, wenn dieser dominant ist, geht schon aus der Struktur der FMK-Theorie hervor. Darauf hat Wolfgang Krumbein zurecht verwiesen: „Um den Finanzsektor als dominierend ansehen zu können, müssen die zentralen Krisenursachen in ihm verortet werden... Und umgekehrt gilt: Wird der Realsektor als fremddominierend angesehen, könnte ihm kaum die ökonomische Potenz zugetraut werden, dem Gesamtsystem eine schwere Krise aufzuzwingen.“ W. Krumbein (2015): Finanzmarktkapitalismus?, S. 73